



Abb. 1: Es gilt ein „Sowohl-als-auch“ mit Erhaltung der traditionellen Kulturlandschaft auf den dafür geeigneten Alpen. (Foto: Mario F. Broggi)



Abb. 2: Das Wildnispotenzial in der Schweiz wird gemäß einer Untersuchung von 2019 mit 17 % beziffert. (Foto: Mario F. Broggi)

Prozesse wiederherzustellen. Der klassische Naturschutz zielte bisher meist auf die Erhaltung statischer Zustände – geprägt von der Kulturlandschaft oder vom Schutz ausgewählter gefährdeter Arten. Rewilding hat kein definiertes Endstadium und ist im Sinne der natürlichen Dynamik ergebnisoffen. Es sollen Prozesse möglich werden, die in stark regulierten Landschaften nicht zum Ausdruck kommen. Rewilding wird zusehends bezüglich ihres Potenzials zur Förderung der Biodiversität erkannt, ist jedoch noch ungewohnt und mit kontroversen Diskussionen verbunden. Gleichzeitig schreitet Rewilding im alpinen Raum mit der Wiedereroberung durch Gehölze sichtbar voran: Mehrheitlich in Lagen über 1.400 m ü.M. hat die Schweizer Waldfläche in den letzten 120 Jahren um 22 % zugenommen.

Zurzeit geschehen Naturereignisse, wie wir sie in dieser Dichte noch nie erlebt haben. Je stärker sich der Klimawandel bemerkbar macht, desto mehr fragt sich, wo ein Schutz sinnvoll ist. Noch können wir die Schäden bezahlen. Aber irgendwann geht es auch um Kosten-Nutzen-Abwägungen, und ein Verdrängen des Problems wird schwieriger. Es stellen sich sensible Fragen: Identität versus Ökonomie, individuelle Freiheit gegen Kosten für die Allgemeinheit. Die Thematik allfälliger Umsiedlungen hat eine besondere politische Sprengkraft. Ein Daseinsrecht zu negieren, wäre nicht zielführend. Wie aber der Herausforderung begegnen, Akzeptanz für neue Wege zu schaffen?

2006 leistete sich das ETH Studio Basel im Rahmen einer Studie zur städtebaulichen Zukunft der Schweiz einen Tabubruch. Es schlug mit Kartendarstellung vor, strukturschwache Täler als „alpine Brache“ verganden zu lassen bzw. nicht mehr zu investieren und auf Subventionen zu verzichten. Es wurde argumentiert, das „Ländliche“ sei heute eine fixe Idee und die reale Welt sehe anders aus. Die Aussage löste in den Berggebieten eine Welle der Empörung aus, fehlte doch eine begleitende Kommunikation; mit dem Klimawandel kommt die Idee mit Wucht zurück.

Betrachten wir die wenig bis gar nicht besiedelten alpinen Seitentäler. Warum wird dort der Gedanke an „alpine Brachen“ oder allenfalls sehr extensive Nutzung als „wilde Weiden“ verdrängt? Bewusstes Nicht-Handeln, also eine gezielte Nutzungsaufgabe weckt Misstrauen – solange sich das nicht ändert, bleibt Wildnis lediglich ein unbeabsichtigtes Nebenprodukt wirtschaftlicher Zwänge, ohne eigenen Wert.

Die Natur gibt bereits den Takt an; jedes Jahr wächst die Fläche des Walensees zu. Zeit, sich dieser Realität zu stellen. Eine freie Vegetationsentwicklung ist nicht nur schlecht, obwohl das teils angenommen wird. Außerhalb zivilisatorischer Schutzaufgaben in peripherer Lage sollte der Wald der Natur überlassen werden. Weiden oberhalb der Waldgrenze können nicht verwalden. Ohne Konkurrenz durch das Vieh würden sie der „wilden Tierwelt“ zur Verfügung stehen.

Wieso also nicht eine zukunftsfähige, qualitativ hochstehende Alpwirtschaft auf ihre geeigneten Lagen konzentrieren (siehe [Abb. 1](#)), ergänzt durch einige „wilde Weiden“ für Robusttiere und den Rest der Natur anvertrauen? Laut einer Studie von Mountain Wilderness Schweiz und der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL besteht im schweizerischen Alpenraum ein Wildnispotenzial von 17 % (siehe [Abb. 2](#)). Der Raum ist da, ein geordneter Rückzug mit Maßnahmen zur Milderung negativer Begleiterscheinungen angesagt.

Rewilding müsste nicht zum Nulltarif erfolgen, sondern sollte im Ausgleich mit Entwicklungszielen gewinnbringend in eine Regionalplanung einbezogen werden. Die Schweiz erkaufte sich ihre Klimaneutralität auch im Ausland. Warum nicht im eigenen Land ungenutzte Wälder und Alpen als CO₂-Senken ausweisen und abgelden? So würde ein vermeintlicher „Malus“ zum „Bonus“. Kombiniert mit einem naturnahen Tourismus könnte dies gewinnbringend sein und vielleicht auch Nationalparks Platz bieten.

Es geht nicht darum, die Rechte der Bergbevölkerung zu missachten und Naturschutz auf ihre Kosten zu betreiben. Ich weiß, Bergpolitiker sehen die lokale Selbstbestimmung im Berggebiet durch das städtische Unterland schnell bedroht. Es geht vielmehr um eine Fortentwicklung und Anpassung an Gegebenheiten, die nicht aufzuhalten sind. Ein „Weiter-wie-bisher“ ist keine Option. Es braucht den Dialog und das Zuhören, um neue Wege zu finden.

Dies ist kein Plädoyer, „Blatten“ als Herzstück des Lötschentals aufzugeben. Es ist eine Aufforderung, das Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu hinterfragen und unsere Perspektiven für Natur, biologische Vielfalt und das Zusammenleben von Mensch und Mitwelt zu überdenken.

Mario F. Broggi
(Vaduz, mario.broggi@adon.li)

Kurzpapier des Sachverständigenrats für Umweltfragen: Infrastrukturausbau nicht auf Kosten von Natur und Umwelt beschleunigen

Die Bundesregierung will den Ausbau von Infrastrukturen wie Straßen, Brücken (siehe [Abb.](#)), Schienen und Wasserwegen beschleunigen. In einem Politikimpuls ([SRU 2026](#)) kommentiert der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) Kernpunkte mehrerer Beschleunigungsinitiativen wie den im Dezember 2025 eingebrachten Entwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes und die im Januar 2026 im Bundeskabinett beschlossene Novelle des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG), die – Stand März 2026 – beide in Kürze im Bundestag beraten werden. Der SRU kritisiert Einschnitte in den Umwelt- und Naturschutz. Darüber hinaus kommentiert der SRU die Föderale Modernisierungsagenda, die Ende 2025 von

Bundeskanzler Friedrich Merz sowie den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder beschlossen wurde.

Die Beschleunigung von Planungs- und Zulassungsverfahren ist ein wichtiges Anliegen, auch für den Weg zur Klimaneutralität. Sie ist aber kein alleinstehendes Ziel, sondern immer zu messen am Kontrollauftrag und am dafür erforderlichen Zeitaufwand. Vor diesem Hintergrund befürchtet der SRU, dass einige der aktuell diskutierten Maßnahmen den Umwelt- und Naturschutz substantiell schwächen:

- Einige Beschleunigungsmaßnahmen im geplanten Infrastruktur-Zukunftsgesetz gehen auf Kosten von Natur- und Umweltschutz. Aufgrund des vorgesehenen Vorrangs für eine Vielzahl von Verkehrsvorhaben werden Umwelt- und Naturschutzbelange in Abwägungsprozessen systematisch geschwächt. Die geplante Änderung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung für bestimmte Bundesprojekte lehnt der SRU ab, der Vorrang der Realkompensation sollte erhalten bleiben. Falls der Gesetzgeber nicht an diesem Vorrang festhalten würde, wäre eine zügige Verabschiedung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Naturflächenbedarfsgesetzes umso wichtiger.
- Der SRU kritisiert die Änderung des UmwRG, für die er keinen sachlichen Grund sieht. Dass Verbandsklagen ein relevantes Hemmnis für Infrastrukturvorhaben in Deutschland darstellen, werde durch empirische Daten nicht gestützt.
- Die Föderale Modernisierungagenda enthält teils weitreichende Neuerungen, die aller Voraussicht nach das Umweltschutzniveau auf prozeduraler wie auch auf materieller Ebene senken. Der SRU warnt vor einer zu weitgehenden Deregulierung, die dazu führt, dass wichtige Umweltgüter wie Wasser, Boden, Luft, Klima und Biodiversität sowie die menschliche Gesundheit Schaden nehmen.

Insgesamt ist der SRU der Auffassung, dass die aktuellen Beschleunigungs- und Deregulierungsinitiativen zu wenig den Stand des



Seit Ende der 1970er-Jahre ist die Beschleunigung von Infrastrukturprojekten wie des Autobahnausbaus Gegenstand der Gesetzgebung. (Foto: © iStock.com/Frederick Doerschem)

Wissens zur Implementation von Gesetzen und zu den Möglichkeiten zügiger Implementation berücksichtigen. Vielmehr folgten sie einer zweifelhaften symbolischen Handlungsdynamik. Diese berge das Risiko, am Ende nur wenig zur Beschleunigung beizutragen, jedoch das Umweltschutzniveau herabzusetzen und Vollzugsverwaltung wie Öffentlichkeit gleichermaßen vor den Kopf zu stoßen, weil Lösungen viel zu wenig mit den betroffenen Verwaltungen, den Adressaten und den Akteuren der Zivilgesellschaft erarbeitet werden.

[SRU/Sachverständigenrat für Umweltfragen \(2026\)](#): Infrastrukturausbau nicht auf Kosten von Natur und Umwelt beschleunigen. Politikimpuls. SRU. Berlin: 7 S.

SRU

Rezensionen



Aschmann B. (2025): **Die Deutschen und die Natur. Eine andere Geschichte des 19. Jahrhunderts.** Propyläen. Berlin: 714 S. Print: 38 €, E-Book: 33,99 €. ISBN 978-3-549-10024-0 (Print), 978-3-8437-3712-8 (E-Book)

Kulturgeschichten der Natur, die auch die spezielle Situation in Deutschland in den Blick nehmen, gibt es bereits einige: etwa David Blackbourns „Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft“ (2007), Frank Uekötters „Umweltgeschichten im 19. und 20. Jahrhundert“ (2010), Ludwig Trepls „Die Idee der Landschaft. Eine Kulturgeschichte von der Aufklärung bis zur Ökologiebewegung“ (2012), Jürgen Goldsteins „Die Entdeckung der Natur. Ein Panorama in sechzehn Kapiteln“ (2013) oder den Sammelband „Natur und deutsche Geschichte. Im Spannungsfeld

von Glaube, Biologie und Macht“ (2025). Dennoch ist die Studie der Historikerin Birgit Aschmann eine Bereicherung.

Die Autorin fokussiert auf das 19. Jahrhundert und wählt den Stil einer lebendigen historischen Erzählung, durch die sie den Leserinnen und Lesern das weite Spektrum, die Entwicklungen und die Ambivalenzen der Wahrnehmung von und des Umgangs mit Natur erschließt – von religiöser Verehrung bis zu Kontrolle und Ausbeutung.

In der Einleitung (I. Kapitel) erläutert die Autorin prägnant, warum sie sich in ihrer Studie auf das 19. Jahrhundert (S. 14 f.) und auf Deutschland (S. 21) beschränkt, aber ihre Untersuchung bewusst breiter anlegt als historische Untersuchungen, die auf die Eroberung und Unterwerfung von Natur fokussieren (S. 15 – 17). Zudem legt sie dar, was sie unter Natur versteht (S. 18 f.) und wie sich die Auswahl der im Buch behandelten Themenkomplexe begründet (S. 19 f.).

Im II. Kapitel „Natur denken, sehen und fühlen: die Romantik als Sattelzeit eines neuen Naturverständnisses“ vermittelt die Autorin anschaulich, auf welche Weise Künstler wie Caspar David Friedrich (1774 – 1840) und Naturforscher wie Carl Gustav Carus (1789 – 1869) die Natur verstanden und verehrten. Das III. Kapitel „Natur nutzen und korrigieren: die Rektifikation des Rheins“ behandelt, wie zur gleichen Zeit Ingenieure wie der badische Johann Gottfried Tulla (1770 – 1828) alles daran setzten, die als unvollkommen angesehene Natur zu verbessern. Im IV. Kapitel „Natur fürchten und bekämpfen: Angst und Medizin in den Zeiten der Cholera“ thematisiert die Autorin, gut gewählt anhand der „Leit-